

SYSTEMRELEVANT 197

Wie hängen Arbeitsbedingungen mit dem demokratischen Klima in Europa zusammen? WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch und Andreas Hövermann erläutern, wie Mitbestimmung und gute Arbeit die demokratischen Einstellungen von europäischen Erwerbspersonen beeinflussen.

Marco Herack:

Heute ist Donnerstag, der 20. Juni 2024. Willkommen zur 197. Ausgabe von Systemrelevant. Wir werden heute der Frage nachgehen, ob Arbeitsbedingungen die Einstellungen zur Demokratie beeinflussen. Und dazu begrüße ich ganz herzlich Andreas Hövermann. Hallo!

Andreas Hövermann:

Hallo!

Marco Herack:

Du bist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Hans-Böckler-Stiftung im Projekt zu sozialen Lebenslagen, Transformationen und demokratischer Integration und Bettina Kohlrausch. Ich grüße Dich.

Bettina Kohlrausch:

Hallo!

Marco Herack:

Du bist Direktorin des WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung und vorweg an unsere Hörerinnen und Hörer wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns beispielsweise auf X antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. In den Shownotes findet ihr unter anderem einen Link zu den besprochenen Themen hier im Podcast sowie dem Geschichtspodcast der Hans-Böckler-Stiftung. Mein Name ist Marco Herack und natürlich hat das WSI eine Befragung durchgeführt, aus der wir unser Wissen heute schöpfen werden. Und Bettina, dieses Mal habt ihr in die Vollen gelangt, würde ich fast sagen. Die Umfrage fand in gleich zehn Ländern statt. Wie seid ihr denn darauf gekommen?

Bettina Kohlrausch:

Das war ja schon eine Befragung im Vorfeld der EU-Wahl. Und da bietet sich natürlich an, verschiedene Länder der EU zu befragen, was wir auch getan haben. Wir haben für Deutschland ziemlich deutlich inzwischen festgestellt, dass die Erfahrungen, die Menschen im Kontext von Erwerbsarbeit machen, die Integrations- oder Desintegrationserfahrung, dass die deren politische Einstellungen prägen und dass die Frage, ob sie AfD wählen, zum Beispiel oder antidemokratische Einstellungen haben, eng damit zusammenhängt. Und wir wollten einfach mal wissen, ob das ein

rein deutsches Phänomen ist oder ob das eben auch etwas ist, was auf EU-Ebene relevant ist.

Marco Herack:

Die ich hier an der Stelle kurz verlese, damit eben bewusst ist, worum es geht. Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Spanien, Schweden und Ungarn. Da habt ihr die Umfrage durchgeführt und da ist dann für mich so ein bisschen die erste Frage, warum denn jetzt ausgerechnet diese Länder? Also ich kann mir schon vorstellen, Ungarn, da sitzt ja da dieser autoritäre Orban. Aber warum Spanien?

Andreas Hövermann:

Am liebsten hätten wir natürlich in allen Ländern die Umfrage gemacht. Aber das ist dann natürlich irgendwann auch eine Frage der Ressourcen, was da möglich ist. Aber wir haben, glaube ich, mit diesen Ländern schon eine gute Auswahl treffen können. Also zahlreiche, einerseits große und bedeutende bevölkerungsstarke Länder dabei. Wir haben zudem auch versuchen wollen, verschiedene Regionen abzudecken, also dass wir sowohl zentral und osteuropäische Länder drin haben, südeuropäische Länder, skandinavische Länder dabei haben. Das war ein Schwerpunkt. Natürlich war es uns auch wichtig, wenn wir gerade jetzt so etwas wie rechtsextreme Parteipräferenz, rechtspopulistische Parteipräferenz erforschen wollen, dass wir auch Länder nehmen, in denen das eine Rolle spielt, in denen diese Parteien stark sind.

Ehrlich gesagt hätten wir da mittlerweile ja schon sehr viele Länder nehmen können, aber dennoch wollten wir da auch eine gewisse Varianz drin haben. Mit Ländern, wo das stärker ist und Ländern, wo das weniger stark ist. So kamen wir dann irgendwann pragmatisch auf diese Auswahl von zehn Ländern. Wir haben in diesen zehn Ländern dann jeweils 1.500 Erwerbspersonen befragt, also insgesamt 15.000 Menschen. Menschen, die im Arbeitsmarkt sind, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen im Alter zwischen 18 bis 65 Jahren. Und was vielleicht auch noch mal recht wichtig ist: Diese Umfrage hat stattgefunden am Ende letzten Jahres, im November, Ende Dezember. In diesem Zeitraum.

Bettina Kohlrausch:

Damit ist ja auch schon klar, dass es jetzt nicht das Ziel dieser Befragung war, gute Wahlprognosen oder so was zu machen, weil das mit diesem Erhebungsdesign und auch mit der Stichprobe nicht gut geht. Außerdem haben wir gar nicht die Wahlbevölkerung abgebildet, sondern die Erwerbspersonen. Das war jetzt also nicht unser Ziel, irgendwie vorherzusagen, wie gut oder schlecht gerade die Rechte abschnitten. Uns ging es um Zusammenhänge, die ich eben schon beschrieben habe zwischen den Arbeitsbedingungen und Wahlverhalten oder auch demokratischen bzw. antidemokratischen Einstellungen.

Marco Herack:

Und das war auch die Idee, dass quasi dann vor der Europawahl fertig zu haben.

Bettina Kohlrausch:

Das war schon die Idee. Also es sollte schon im Vorfeld der Europawahl fertig sein, aber die Befunde haben Erklärungskraft, die weit darüber hinauswirken, weil es gar nicht nur darum geht, dieses eine Wahlergebnis jetzt zu interpretieren, sondern es geht darum, zu zeigen, warum ist die Rechte dauerhaft stark in europäischen Ländern, und zwar natürlich mit extremer Varianz, aber dann ja doch eigentlich in allen europäischen Ländern. Also warum ist das passiert? Und dann natürlich auch was kann man dagegen tun? Weil natürlich rechte Parteien oder extreme rechte Parteien tendenziell auch eine Bedrohung. Für die EU sind.

Andreas Hövermann:

So, aber Andreas, jetzt musst du mir aber noch mal erklären, ohne dass ich das jetzt despektierlich meine. Was hast du denn da irgendwie seit November Dezember getrieben mit den Daten, dass die da..

Bettina Kohlrausch:

Das frage ich mich. Was machst du eigentlich den ganzen Tag, Andreas?

Andreas Hövermann:

Na ja, also das ist von dem Moment, an dem diese Daten erhoben werden, bis zu dem Moment, an dem wir die sozusagen haben und damit was machen können, vergeht ja auch erst mal eine gewisse Zeit, weil die dann natürlich auch erstmal aufbereitet werden müssen. Und dennoch müssen sie dann natürlich auch erstmal von unserer Seite aufbereitet werden, gesichtet werden. Also das ist an der Stelle tatsächlich schon relativ aufwendig. Ich kann dazu sagen, wir sollten auf jeden Fall auch noch mal dazu sagen, dass wir an der Stelle auch uns auf die Hilfe von einem Professor in Belgien, Bart Meuleman, zurückgegriffen haben, der uns unterstützt hat bei der Analyse dieser Daten. Weil es an der Stelle, glaube ich, schon relativ schnell klar wird, dass das natürlich ein erheblicher Batzen an Daten ist. Und das hat ja auch im Grunde schon die EU-Wahl dann auch gezeigt, die Resultate sind sehr, sehr vielfältig. In den einen Ländern sehen wir die Entwicklung, in den anderen Ländern sehen wir die Entwicklung. Das ist, wenn man da so grob erst mal drauf schaut, tatsächlich eine sehr große Aufgabe, da Trends zu entdecken bzw. da eine Analyse zu machen.

Marco Herack:

Da kommen wir, würde ich mal sagen, vielleicht zu dem den Hauptergebnissen des Ganzen. Könnt ihr denn was über das demokratische Klima sagen, das ihr aus dem Daten nun hoffentlich herauslesen könnt? Also sind wir da alle demokratiefreudig, oder wie wir das ja hier sehr oft besprechen, sind die autoritären und rechtsstaatlichen Zweifler am Vormarsch.

Andreas Hövermann:

Naja, ich glaube, das, was wir jetzt bei der Europawahl gesehen haben, dass es durchaus da Zugewinne gibt am rechten Rand, das ist auch was, was wir schon in dieser EU-Studie absehen konnten, weil wir schon auch klar sehen konnten, dass auch in unserer Studie die rechtsextremen Wahlabsichten weitverbreitet sind. Aber nicht nur die rechtsextremen Wahlabsichten, sondern auch die Einstellung zur Demokratie beispielsweise, dass die durchaus nicht so stark vertreten sind, wie man sich das wünschen könnte an der Stelle. Und insofern haben wir da schon absehen können, was da letztlich passiert ist, jetzt auch bei der Europawahl.

Und was wir sehr spannend fanden, ist, dass wir in den in den Resultaten schon Spuren sehen können davon, dass in einigen der Länder, die wir uns angeschaut haben, rechte / rechtspopulistische Parteien entweder jetzt gerade noch an der Macht sind oder lange an der Macht waren, also wie beispielsweise in Ungarn, Italien oder in Polen. Und dass wir hier sehr unterschiedliche Muster im Grunde genommen entdecken können, wie da demokratisches Klima mit rechtspopulistischer Parteiwahl zusammenhängt. Insofern, dass wir eigentlich in Ländern wie Deutschland und eigentlich in den meisten Ländern den Trend sehen, dass diejenigen, die rechtsextreme Parteien wählen, eher die sind, die wenig Vertrauen haben in die Institutionen, die sehr unzufrieden sind mit der Demokratie und die auch sehr populistische Einstellungen haben. Das ist eigentlich das vertraute Muster, was wir, dass wir immer wieder gesehen haben. Und wir haben jetzt aber gegenübergestellt in Ungarn, Polen und in Italien im Grunde genommen gegenteiligen Befund, nämlich dass es da diejenigen sind, die mehr Vertrauen haben in die Institutionen, die zufriedener sind mit der Demokratie und die auch weniger populistische Einstellungen haben. Das sind diejenigen, die hier mehr die rechtspopulistischen Parteien wählen, macht die Analyse komplex. Er macht aber auch, glaube ich, die Analyse an der Stelle sehr interessant, weil man hier sehr gut schon sehen kann, dass hier rechtspopulistischen Parteien ihre Spuren hinterlassen haben in den Institutionen.

Bettina Kohlrausch:

Dass eigentlich schon die Frage: Was verstehen Menschen auch unter Demokratie? auch davon abhängt, wenig überraschend aber eben, wie das gelebt wird in dem jeweiligen Land. Und dass das eben kein einheitlicher Begriff ist, sondern einer, der durch die entsprechenden Regierungen und vielleicht auch generell durch die Angebote der Parteienlandschaft eben auch entsprechend ausbuchstabiert wird.

Marco Herack:

Was wir jetzt im Ergebnis auch bei der Wahl gesehen haben. Also, ich glaube, es gibt zwei Sachen, die man sagen kann, ohne sich da zu groß aus dem Fenster zu lehnen. Einmal diese rechtsradikalen Parteien, die haben durchaus mehr Zuspruch, als uns lieb ist. Aber es gibt auch gleichzeitig in der Mitte einen Ruck nach rechts, der dann erst mal im Konservativen endet.

Bettina Kohlrausch:

Genau. Also konservative Parteien haben auch gewonnen. Tatsächlich haben auch gewonnen allerdings die Linken, also die richtig Linken, nicht die sozialdemokratischen Parteien. Nicht viel, aber sie haben sich auch stabilisiert. Also auch ein Trend, der ganz anders ist als in Deutschland. Was ich auch total interessant fand. Andreas hat ja eben schon dargestellt, dass es eigentlich so ist, dass Institutionenvertrauen, demokratische Parteien stärkt und die Wahl extrem rechter Parteien schwächt. Dass das aber in Ländern, in denen diese Parteien an der Macht sind, anders ist. In gewisser Weise auch logisch. Gleichzeitig haben wir aber gesehen, dass es in allen Ländern so ist, dass das Vertrauen in die EU die Wahlpräferenz für extrem rechte Parteien schwächt, auch da, wo sie an der Macht sind. Einerseits auch logisch, dass wenn man die EU als Institution für vertrauensvoll oder unterstützenswert empfindet, dass man dann eher nicht irgendwie für extrem rechte Parteien auch in Ungarn oder Polen oder Italien stimmt.

Gleichwohl finde ich, dass in diesem Befund, dass da echt viel drinsteckt, weil das ja bedeutet, dass wenn es der EU gelingt, durch ihre Performance deutlich zu machen, dass es eine vertrauensvolle und unterstützenswerte Institution ist, wenn sie also im Erleben der Bürger und Bürgerinnen der EU wirksam wird, positiv wirksam wird, dann ist das ein Hebel, um auch da, wo sie an der Macht sind, extrem rechte Parteien zu schwächen. Und das heißt wirklich demokratische Wertung oder Haltung ein Stück weit zu stärken. Und das ist schon ein interessanter und wichtiger Befund.

Marco Herack:

Dann ist ja ein wesentlicher Teil eurer Befunde, ich breche das jetzt mal auf was Kurzes runter: Bessere Arbeitsbedingungen gleich bessere Demokratie.

Andreas, vielleicht kannst du das etwas ausführlicher darstellen, aber es scheint ja tatsächlich so zu sein, dass wenn die Menschen und ich glaube, das besprechen wir heute auch nicht zum ersten Mal in diesem Podcast, dass wenn die Menschen auf Arbeit erleben, dass quasi ein Miteinander da ist, das funktioniert und sie auch was zu sagen haben, dass sie dann auch das Gefühl haben, ja, Demokratie kann ich mir vorstellen und dann daraus auch ein Vertrauen in die demokratischen Institutionen dann quasi auch so entsteht. Wo auch immer genau das anfängt und endet, ist ja manchmal Henne Ei Problem, aber das ist ja eine sehr wesentliche Erkenntnis.

Andreas Hövermann:

Genau. Und das war im Grunde ja auch das Ziel, das herauszufinden, inwieweit wir das halt auch in anderen Ländern finden als in Deutschland. Und das ist jetzt etwas, was wir in dieser Studie deutlich klarer sagen können, dass wir diesen Befund, den du gerade genannt hast, nicht nur in Deutschland sehen können, sondern auch in zahlreichen oder im Grunde in allen Ländern, die wir uns hier angeschaut haben. Vielleicht, um das noch mal ein bisschen aufzudröseln. Einerseits, Es geht um diese Frage Arbeitsbedingungen. Es geht um die Frage demokratische Teilhabe an der Arbeit, letztlich aber auch um die Frage: Wie zufrieden ist man mit der Arbeit und den Arbeitsbedingungen? Das sind verschiedene Indikatoren, die wir da verwendet

haben, die alle etwas Ähnliches messen. Und wir haben auf der anderen Seite so etwas wie ein demokratisches Klima, eine demokratische Kultur, wenn man so will, gemessen. Da gehören verschiedene Dinge dazu. Also wie zufrieden ist man mit der Demokratie vor Ort. Wie wichtig, also für wie wichtig wird die Demokratie aber auch generell eingeschätzt?

Wie viel Vertrauen hat man? Das haben wir eben schon gesagt, in die Institutionen, aber auch so etwas wie: Wie steht man zur Zuwanderung und letztlich aber auch wie abwertend sind Einstellungen gegenüber anderen Gruppen in der Gesellschaft? Und was wir eindeutig sehen können für alle Länder ist, dass schlechte Arbeitsbedingungen im Grunde genommen ein Nährboden sind für das Entstehen von antidemokratischen Einstellungen. Und diese antidemokratischen Einstellungen, die können dann von rechtsextremen Parteien mobilisiert werden.

Das heißt letztlich oder andersrum, wenn man so will, formuliert diese demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz die Stärken, die demokratischen Einstellungen der Arbeitnehmer, und zwar in tatsächlich allen Ländern, die wir uns angeschaut haben. Das ist an der Stelle tatsächlich mal ein sehr einheitlicher und klarer Befund, den wir da sehen konnten.

Ein bisschen komplexer ist es dann, wenn man sich anschaut, inwieweit sich das dann niederschlägt in rechtsextremer / rechtspopulistischer Parteiwahl. Dieser Zusammenhang ist deutlich komplexer. Das hat, das hat auch noch mal ein paar andere, komplexere Gründe, einfach weil auch das politische Klima in den Ländern unterschiedlich ist. Das Parteienangebot in den Ländern sehr unterschiedlich ist, aber zumindest der Zusammenhang von den Arbeitsbedingungen auf das demokratische Klima. Der ist in unserer Studie sehr, sehr eindeutig.

Bettina Kohlrausch:

Das ist schon ein Befund, der einerseits von dem, was wir ja empirisch, aber auch theoretisch herausgearbeitet haben, in den letzten Jahren vielleicht nicht überrascht, aber in der Eindeutigkeit dann eben schon. Also noch mal der Hinweis darauf, wie wichtig die Erfahrung im Erwerbskontext sind, die ja immer auch letztlich die Erfahrung von Teilhabe bedeuten. Oder eben die Erfahrung von verweigerter Teilhabe. Und zwar natürlich in materieller Hinsicht, aber auch zum Beispiel in demokratischer Hinsicht hat man das Gefühl, sein Arbeitsumfeld mitgestalten zu können. Und dass wir mit der Erwerbsarbeit, danach haben wir gefragt, ein Feld haben, was ja auch politisch gestaltbar ist und wo wirklich nach wie vor so was passiert, was wir als Soziologin eben soziale Integration nennen, das ist schon noch mal bemerkenswert, wenn man sich überlegt, dass es ja durchaus auch immer wieder Debatten gibt, dass Erwerbsarbeit eigentlich gar nicht mehr so eine große Rolle spielt, die Menschen gar nicht mehr so orientiert sind auf Erwerbsarbeit und die Leistung, die sie da bringen usw. Da kann man sagen, das sehen wir in den Daten so wirklich nicht.

Marco Herack:

Wer ist denn das, der so was behauptet?

Bettina Kohlrausch:

Erstens gibt es ja schon, das ist natürlich vor allen Dingen mit im Hinblick auf Generation Z diese Behauptung, dass die Menschen letztlich nur darauf orientieren würden, ihr Leben jenseits von Erwerbsarbeit zu organisieren. Das sie das vielleicht noch machen, weil sie da irgendwie Geld kriegen, aber eigentlich nur mit wenig.. Also was dann häufig dann an Arbeitgeberseite kritisiert wird, ist das mangelnde Engagement. Aber damit verbindet sich ja auch so von der Haltung her, dass man diesem Lebensbereich nicht so eine große Bedeutung zumisst. Und das sehe ich hier zuerst mal nicht.

Marco Herack:

Ist auch irgendwie nicht so ganz logisch, wenn ich in jedem Fall acht Stunden oder mehr im Büro verbringe. Und das ist ein wesentlicher Teil meines Lebens ist. Nee, also wenn man diese alte drei mal acht Regel anwendet, ist das immer noch 1/3 meines Lebens oder die Hälfte des Lebens, dass ich wach bin, wenn ich acht Stunden schlafen sollte. Also fällt mir dann schon von der Logik her schwer, das so zu sehen.

Aber Andreas, kannst du mal uns einen Hinweis geben, wie das so in Ungarn aussieht? Weil Ungarn habe ich jetzt so in meinem Kopf. Das ist so ein ganz autoritärer Staat. Ich habe da auch noch diese Proteste im Kopf gegen das Sklavengesetz, schon ein paar Jährchen her. Also auch in Ungarn sieht man dann zum Beispiel, dass das da diese ganz starke Relation da ist.

Andreas Hövermann:

Wie gesagt, wir sehen auf jeden Fall in allen Ländern, also in dem Fall auch in Ungarn, diesen Zusammenhang zwischen den Arbeitsbedingungen und den beispielsweise dem hohen Institutionsvertrauen, dem Gefühl, dass man zufrieden ist mit der Demokratie, letztlich aber auch so etwas mit dem Vertrauen in die EU. Also diese Zusammenhänge sind da. Komplexer wird dann der Link, wenn man so will, oder der der Schritt dann zur Parteienwahl, weil das ist in Ungarn dann natürlich noch mal deutlich komplexer insofern, als dass da nun mal auch eine Partei an der Macht ist, die wir jetzt hier auch als rechtspopulistisch einstufen und die man sicherlich auch als rechtspopulistisch einstufen kann. Und dementsprechend ist dann dieser Link schwieriger.

Aber was wir sehen können, ist auf jeden Fall, dass hier der Zusammenhang zwischen den Arbeitsbedingungen und dem demokratischen Klima auch in Ungarn, auch in Polen, auch in Italien genauso gut aber auch in Deutschland, Schweden oder Spanien vorhanden ist.

Bettina Kohlrausch:

Und ich finde auch wenn natürlich ist auch so aus empirischer Sicht schön wäre, wenn man diesen Dreiklang hätte. Gute Arbeitsbedingungen, stärken demokratische Einstellung. Die Leute wählen seltener rechte Parteien. Vor dem Hintergrund der doch sehr unterschiedlichen Angebotsstruktur der Parteien, der unterschiedlichen

demokratischen Systeme, auch. Da wäre es schon sehr überraschend, wenn man das so sauber sehen würde. Und dass diese Einstellungen, die wir beobachten, auch in Abhängigkeit von der jeweiligen Ausgestaltung des Parteiensystems und des demokratischen Systems eben unterschiedlich mobilisiert werden können, das finde ich jetzt auch nicht so überraschend. Also insofern ist es schon klar, dass es dann, wenn es darum geht, okay, was wählen die denn dann, wenn sie diese Einstellung haben, noch mal komplexer wird.

Andreas Hövermann:

Und vielleicht auch noch als Ergänzung. Es kommt ja auch immer noch dazu, was für Alternativen, was für alternative Parteien werden in den in den Ländern angeboten. Das sehen wir ja jetzt alleine schon in Deutschland, das mit dem BSW eine Partei auftritt, die da auf einmal was in Bewegung bringt und das haben wir in den letzten 20, 30 Jahren auch in Deutschland gesehen, dass als es noch keine AfD gab, diese Stimmen irgendwo anders hingegangen sind.

Das ist ja jetzt nicht so, dass vor 20 Jahren es überhaupt keine rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung gab. Die wurden halt nur nicht abgeholt. Oder sagen wir mal so, die wurden nicht von einer rechtsextremen Partei abgeholt an der Stelle. Also das macht einfach einen sehr, sehr großen Unterschied. Und da unterscheiden sich die Länder einfach sehr, sehr stark in dem Angebot des Parteiensystems.

Marco Herack:

Ja, wobei das Angebot, rechtsradikal zu wählen ja schon da ist. Also das ist europaweit vorhanden und wird dann auch entsprechend genutzt.

Bettina Kohlrausch:

Ja, ja, aber die Frage, ob jetzt wirklich das Angebot genutzt wird, ob man sich dann doch für eine andere Partei entscheidet. Also eben, wie stark dieser Frust, der sich ja auch mit schlechten Arbeitsbedingungen verbindet, wirklich von rechten Parteien mobilisiert werden kann, hängt eben nicht nur allein davon ab, ob es eine rechte Partei gibt, sondern wie das System ist, wie die sich konkret aufstellt, wie die kommuniziert und natürlich auch, was die anderen Parteien an politischen Angeboten machen. Um das gleich vorwegzunehmen, also diese Länderspezifika, warum sich diese Einstellungen dann eben doch unterschiedlich, teilweise auch in Wahlverhalten übersetzen. Die haben wir zwar jetzt im ersten Schritt beobachtet, aber noch nicht in der Tiefe analysiert, das kommt sicherlich noch. Also da ist noch viel, viel Auswertungspotenzial in diesem riesigen Datensatz, den wir natürlich in so einem ersten Durchlauf nicht in Gänze heben können.

Andreas Hövermann:

Da haben wir ja den Kreis fast wieder geschlossen, was Andreas den ganzen Tag eigentlich macht.

Bettina Kohlrausch:

Ja, genau. Und was er vor allen Dingen die nächsten Tage und Wochen alles macht.

Marco Herack:

Da werden wir dann sicherlich auch noch drüber reden. Aber nebst den Arbeitsbedingungen habt ihr ja auch noch so dieses Thema Transformationsorgen entdeckt. Was auch nicht überraschend, wer unseren Podcast hört, da kam das ja schon oftmals vor. Aber Transformation ist ein europaweites Thema.

Andreas Hövermann:

Ist absolut ein europaweites Thema und haben wir jetzt in der Befragung in zwei verschiedenen Aussagen im Grunde genommen eingefangen, indem wir gefragt haben: Inwieweit sind Sie besorgt, dass die Digitalisierung auf der einen Seite und auf der anderen Seite, dass die Maßnahmen der Regierung gegen den Klimawandel sich negativ auf Ihren Arbeitsplatz auswirken und auf Ihre Karriereaussichten auswirken können.

Und da sehen wir eigentlich zwei Sachen, da sehen wir einmal, dass diese Transformationsorgen sehr ungleich verteilt sind. Wir sehen das sehr, sehr stark. Befragte, die aus geringeren Einkommensgruppen kommen, besonders häufig Sorgen haben wegen der Transformation, wegen Digitalisierung, wegen der Klimaschutzmaßnahmen, also besonders stark in den unteren Einkommensgruppen, das verbreitet ist. Das ist der eine Befund. Und der andere Befund ist, dass diese Transformationsorgen sehr eng verknüpft sind, zusammenhängen mit der Wahlpräferenz für eine rechtsextreme oder rechtspopulistische Partei. Hier haben wir den Zusammenhang relativ klar in zahlreichen Ländern, in den meisten Ländern. Das ist natürlich ein starker Befund, wenn man so will, der einiges erfordert, wenn man so will.

Marco Herack:

Ja, ich bin ja immer ein bisschen versucht, zynisch zu sagen zu der Transformationgeschichte: Sobald man in der Transformation arbeiten muss, hat man da andere Sorgen, als wenn man in sie investieren kann. Also auch europaweit das gleiche Phänomen, eigentlich, ne?

Bettina Kohlrausch:

Ja, aber ich finde auch, also was mich so ein bisschen gestört hat, gerade auch so aus dem grünen Spektrum, war ja so eine, finde ich so in der Anmutung teilweise so leicht beleidigte Deutung der Wahl. Wobei ich mit grünem Spektrum jetzt meine, die Leute, die sich da als WählerInnen verorten oder politisch verorten, wenn ich so Social Media mir angeguckt habe, nicht die Vertreter der Parteien, so Europa hat den Stillstand gewählt, die Leute wollen keine Veränderungen und irgendwie sind die blöd, weil sie nicht verstehen, dass die sein müssen. Und wenn man sich dann aber noch mal anguckt, okay, wer hat denn Angst? Dann muss man ja sagen, das ist ja jetzt nicht irrational. Also das haben wir auch für Deutschland gesehen. Wir

haben halt gesehen, dass das wirklich so ein Katalysator auch für eine Verstärkung von Ungleichheiten ist, weil diejenigen, die eh schon potenziell nicht besonders sicher sind in ihrer sozialen Position, die fühlen sich einfach von Transformationsprozess noch mal viel, viel stärker bedroht. Und wenn man das nicht politisch bearbeitet, dann kann man sich noch so oft hinstellen, sagen die Leute schnallen es nicht, dass wir vom Verbrenner weg müssen und dass wir eine Dekarbonisierung brauchen. Sie werden diesen Weg nicht mitgehen, wenn es nicht gelingt, die sozial so einzubetten, dass ihnen diese Angst genommen wird.

Und da ist auch, finde ich, ein Befund oder das ist auch ein Befund mit einem ziemlich viel Sprengpotenzial eigentlich. Oder der sehr klar politischen Handlungsdruck deutlich macht, weil die Leute diesen Weg sonst einfach nicht mitgehen. Und dass das natürlich in der Konsequenz dazu führt, dass Demokratien weiter geschwächt werden, ist völlig klar. Aber da muss man das eben auch ernst nehmen und sich überlegen, wie man die Leute in der Transformation vernünftig absichern kann.

Marco Herack:

Ja, so eine Transformation ist ja auch kein Selbstläufer. Also das, was du gerade dargestellt hast, was in den sozialen Medien da so gesagt wird, teilweise, das klingt dann immer so, na ja, da ist halt ein bisschen Transformation, dann haben wir alle neue Jobs und dann ist die Sache erledigt.

Ja, in einer schönen Welt wäre das vielleicht so, aber es ist schon ziemliche Kärrnerarbeit. Und ich finde, das sieht man eigentlich auch, wenn man jetzt mal versucht, nicht mit etwas Frust auf die letzten drei Jahre Ampel da zu gucken, sondern einfach so nüchtern drauf guckt. Dann sieht man halt schon, wie schwierig diese Prozesse sind, weil da sitzen halt drei Parteien, die unterschiedliche Ansichten haben. Die kommen einfach nicht wirklich zusammen. Und so geht es ja der Gesellschaft als Gesamtes.. immer.

Bettina Kohlrausch:

Ja, klar, und auch eingeübte Formen der Kompromissfindung. Weil dass es unterschiedliche Interessen in einer Gesellschaft gibt, die auch durch unterschiedliche Parteien vertreten werden, ist jetzt erstmal nichts Neues. Da haben sich auch bestimmte Formen von Kompromissbildung etabliert. Und da stellt sich natürlich die Frage: Funktionieren die eigentlich für die neuen Herausforderungen oder wie muss man sie anpassen? Also zum Beispiel eine klassische Formen der Kompromissfindung ist ja zum Beispiel die Sozialpartnerschaft. Oder manche nennen sie Konfliktpartnerschaft. Aber auch da stellt sich die Frage: Welche Rolle spielt die eigentlich in der Gestaltung der Transformation? Und das ist in der Tat, wenn man es dann ganz real umsetzt, wenn man dann real mal einen Kohleausstieg organisiert usw., etwas komplexer, als einfach zu sagen, wir müssen dekarbonisieren. Insofern ist es vielleicht auch klar, dass diese gesellschaftliche Phase, dass es irgendwie auch ruckelig ist, aber wir sehen da ja schon, dass sich da auch eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie drin verbirgt.

Marco Herack:

Das wollte ich dich gerade fragen, ob das jetzt ein positives Framing war, der Fragen, vor denen wir stehen.

Bettina Kohlrausch:

Also, sagen wir mal so, die Wahl, das war jetzt nicht schön. Also wenn man mit der deutschen Brille drauf guckt, dann war es richtig schlimm. Wenn man sich anguckt, wie, wie stark die AfD gerade im Osten da rausgegangen ist. Das ist aber nicht in allen europäischen Ländern so und insofern würde ich sagen: Man kann da schon unsere Daten jetzt erstmal so interpretieren, dass wir ja auch positiv gesehen ziemlich klar beleuchten, wo man hingucken kann und wo man was gestalten kann. Also Arbeitsbedingungen kann man gestalten, Transformationsprozesse kann man gestalten, um denen auch etwas entgegenzusetzen, so dass man unsere Befunde vielleicht eher als so was wie eine sehr, sehr, sehr ernste Warnung verstehen kann. Aber es ist sicherlich kein Abgesang auf die Demokratie. Weil das muss man auch sagen. Andreas, korrigier mich: Auch, wenn rechtsextreme Wahlabsichten weitverbreitet sind. Es ist nicht die Mehrheit in Europa. Bei weitem nicht.

Andreas Hövermann:

Das ist richtig. Absolut. Ja und genauso ist es letztlich auch mit der Zustimmung zu der Aussage, dass die Demokratie wichtig ist. Das das die richtige Staatsform ist. Also das ist auch etwas, wo große Mehrheiten in Europa dahinter stehen. Die Frage ist halt, wie definieren Sie es an der Stelle? Haben wir jetzt gesehen. Aber ich denke auch, also ich finde, in der Studie sind durchaus einige Punkte, die Hebel sein können, die Hebel sein können, wo man sagen kann, na ja, das könnte ein Ansatz sein, seien es die Arbeitsbedingungen hier und die Möglichkeiten, Mitbestimmung zu verbessern oder aber halt ganz stark den Fokus auch darauf zu legen, dass die Transformation sozial gerecht ablaufen muss und abgefedert gestaltet werden muss. Das sind Punkte, die bisher viel zu kurz gekommen sind und die offenbar hier sehr, sehr große Sorgen auslösen.

Marco Herack:

Da wäre jetzt aber meine Frage, ob das konservative Regierungen leisten können und wollen, weil die stehen ja jetzt nicht unbedingt dafür, dass sie arbeitnehmerfreundlich sind.

Bettina Kohlrausch:

Ja, also ich glaube tatsächlich, wenn wir darüber reden, kann die Demokratie in Europa geschützt, gesichert, vielleicht auch sogar gestärkt und weiterentwickelt werden. Dann sind die konservativen Parteien auf sehr, sehr vielen Ebenen ein ganz zentraler Player. Das eine ist natürlich, wie sie sich ganz konkret verhalten, zu extrem rechten Parteien, weil überall da, wo die wirklich stark werden, lag es ja auch daran, dass die konservativen Parteien eingeknickt sind oder wo sie dann an die

Macht gekommen sind. Siehe zum Beispiel Österreich. Wobei, Österreich hatten wir gar nicht drin.

Andreas Hövermann:

Aber wenn ich in den Daten. Aber es ist ja trotzdem in den Wahlergebnissen, ist das so genau.

Bettina Kohlrausch:

Ja und in den Entwicklungen ist es so. Und das andere ist natürlich: In der Tat findet man einen Weg, gemeinsam diese Transformationsprozesse zu gestalten. Weist man dem Staat als Akteur dabei und der Gesellschaft als Akteurin eine zentrale Rolle zu, oder möchte man alles letztlich Marktmechanismen überlassen? Dann kann ich nur sagen Gute Nacht, das wird nicht funktionieren. Und das wird am Ende natürlich auch den konservativen Parteien schaden. Insofern haben Sie in der Tat einen Schlüsselrolle bei der Frage: Gelingt das jetzt oder gelingt das nicht?

Marco Herack:

Es ist ein bisschen schwierig, daraus so eine Praxis abzuleiten, weil auf EU-Ebene ist es ja noch mal schwieriger. Da müssen wir dann noch mal verschiedene Staaten zusammenkommen. Aber schon auf der Ebene eines Landes ist es ja schon extrem schwierig zu sagen, okay, daraus ergibt sich der und der Hebel und den müsste man halt mal nach unten drücken, damit es los läuft.

Bettina Kohlrausch:

Klar. Also am Ende des Tages sind es ein Zusammenspiel diverser Hebel und im ersten Schritt müsste man sich wahrscheinlich tatsächlich mal auf so was wie eine Idee verständigen davon, wie diese Transformationsprozesse gestaltet werden sollen, was eigentlich die Ziele davon sind, welche Rolle man Gesellschaften dabei zukommen lässt, also wie demokratisch man das auch macht, all diese Fragen müssen diskutiert werden. In der Tat. Also das ist ja auch das, warum die EU, glaube ich, als Institution häufig wenig wahrgenommen wird, weil sie natürlich noch weniger als nationale Regierung für so den einen Hebel stehen. Aber wir haben ja zum Beispiel jetzt die Richtlinie zum Mindestlohn und da sind ja schon Hebel drin beschrieben. Also das zeigt für mich, in die richtige Richtung ist eine eben zu sagen, man braucht einen Mindestlohn, der wirklich armutsfest ist und das andere zu sagen, es gibt Mechanismen, wie man gute Löhne und Schutz vor Armut in den Ländern durchsetzen kann. Dazu gehört zum Beispiel die Tarifbindung.

Marco Herack:

Was ja durchaus auch auf EU Ebene Themen sind, die vorgebracht wurden. Wenn man sich das so anguckt. Ne, vielleicht nicht immer ideal, aber sie sind da.

Bettina Kohlrausch:

Genau. Und genau in die Richtung müsste man jetzt weiter denken.

Marco Herack:

Das heißt, Bettina, wir sind dann wieder an dem Punkt, an dem wir sagen müssen, na ja, die soziale Frage ist halt mit all ihren Facetten, die da drinnen stecken, halt im Grunde dann doch immer noch die Frage, die Politik macht.

Bettina Kohlrausch:

Ich sehe mich jetzt gar nicht im Sinne, dass ich morgen eine Revolution auslösen möchte oder ausrufen möchte, aber wissenschaftlich schon tendenziell in der Tradition eines marxistischen Gesellschaftsverständnisses. Und dass die materiellen Grundlagen von Gesellschaften da prägend sind, ist für mich jetzt nicht so wahnsinnig überraschend. Aber ja, es scheint tatsächlich so zu sein.

Marco Herack:

Damit wären wir am Ende der Folge. Ich bedanke mich recht herzlich bei Andreas Hövermann und Bettina Kohlrausch.

Bettina Kohlrausch:

Wir danken Dir.

Andreas Hövermann:

Danke schön.

Marco Herack:

Wenn ihr als Hörerinnen und Hörer dazu noch ein paar Gedanken. Sendet sie uns. Ihr könnt uns beispielsweise auf X antickern. @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einfach einsenden und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. In den Shownotes findet ihr einmal die Links zur Sendung sowie ein Link zum Geschichtspodcast der Hans-Böckler-Stiftung. Vielen Dank fürs Zuhören, Euch eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.

Bettina Kohlrausch:

Tschüss.

Andreas Hövermann:

Tschüss.